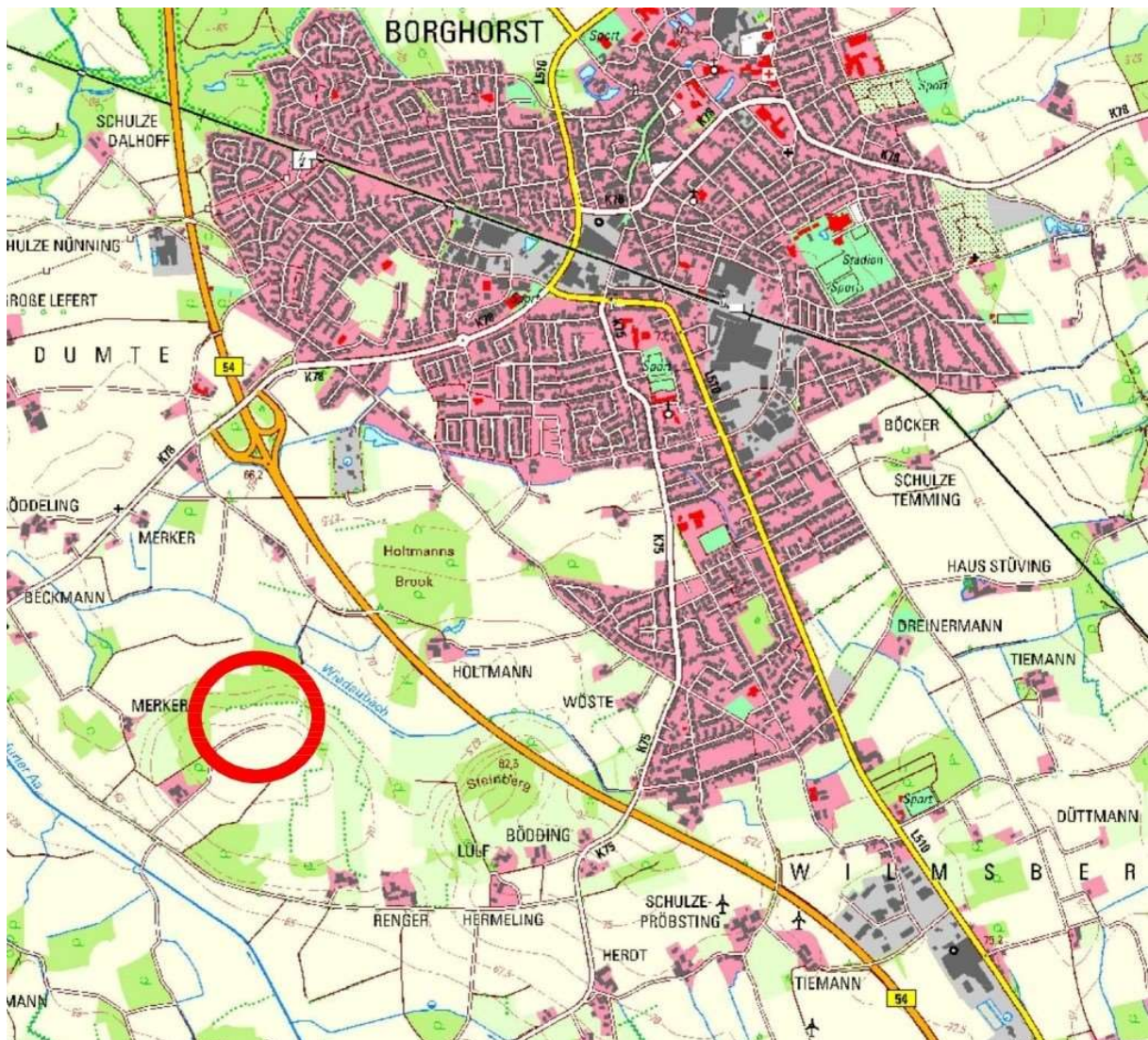


Bebauungsplan Nr. 79 „Freiflächen-Photovoltaikanlage Dumte“

Kreisstadt Steinfurt, Stadtteil Borghorst

Begründung



Stand: Frühzeitige Beteiligung gem. §§ 3 (1) und 4 (1) BauGB



Kreisstadt Steinfurt
Fachdienst Stadtplanung und Bauordnung

Inhalt

1. Planungsanlass	2
2. Räumlicher Geltungsbereich	2
3. Einordnung in übergeordnete Planungen	2
3.1 Regionalplanung und Landesplanung	2
3.2 Flächennutzungsplan	3
4. Derzeitige und angrenzende Nutzungen sowie Planungsvorgaben	3
4.1 Derzeitige Nutzung	3
4.2 Angrenzende Nutzungen	3
4.3 Planvorgaben	3
5. Planfestsetzungen	4
5.1 Art der baulichen Nutzung	4
5.2 Maß der baulichen Nutzung	4
5.3 Bauweise und überbaubare Grundstücksfläche	4
5.4 Gestalterische Festsetzungen	4
6. Verkehrliche Erschließung	4
7. Ver- und Entsorgung	5
7.1 Entwässerung	5
7.2 Wasserversorgung	5
7.3 Strom- und Gasversorgung, Telefon	5
8. Soziale Infrastruktur, Gesundheitseinrichtungen	5
9. Immissionsschutz	5
10. Flächen mit Bodenbelastungen	6
11. Bodenschutz	6
12. Kampfmittel	7
13. Klimaschutz	7
14. Belange des Umwelt- und Naturschutzes	7
14.1 Eingriffsregelungen	8
14.2 FFH-Verträglichkeit	9
14.3 Umweltverträglichkeit	9
15. Denkmalschutz	10
16. Bodenordnung	11
17. Verfahren	11
Datum / Unterschrift	11
Anlagen:	12

1. Planungsanlass

In letzter Zeit ist festzustellen, dass es eine erhöhte Nachfrage nach Flächen gibt, auf denen Freiflächen-Photovoltaikanlagen errichtet werden können. Hierfür bieten sich Flächen an, auf denen bereits ein gewisser Störungsgrad vorhanden ist. Diese sind beispielsweise Flächen in einem ca. 200 m breiten Streifen entlang von Hauptverkehrswegen (*zweigleisige Eisenbahnstrecken, Autobahnen, Bundesstraßen*). Auch kommen Flächen auf Erdwällen (*Aufschüttungen*) oder ehemaligen Deponien in Frage.

Bei dem Geltungsbereich des aufzustellenden Bebauungsplanes Nr. 79 „Freiflächen-Photovoltaikanlage Dumte“ handelt es sich um eine ehemalige Hausmülldeponie. Die Fläche wurde in der Zeit von 1962 bis 1975 durch die damalige Stadt Borghorst als Hausmülldeponie genutzt. Im Anschluss daran ist einem privaten Betreiber noch bis ins Jahr 1982 durch den Kreis Steinfurt eine Ausnahmegenehmigung zur Ablagerung von Bodenaushub und Bauschutt genehmigt worden. Somit erfüllt die Fläche den Tatbestand einer vorbelasteten und durch die Landwirtschaft nicht mehr, bzw. nicht mehr wirtschaftlich nutzbaren Fläche. Die Kreisstadt Steinfurt ist durchaus bestrebt, entsprechende Flächen zur alternativen Energiegewinnung zu entwickeln.

Mit Datum vom 20.07.2020 hat der Eigentümer dieser Fläche einen Antrag auf Aufstellung eines Bebauungsplanes zur Errichtung einer Freiflächen-Photovoltaikanlage gestellt. Der Rat der Kreisstadt Steinfurt hat sich daher in seiner Sitzung am 27.08.2020 damit befasst, die erforderlichen Planverfahren einzuleiten und durchzuführen. Die erforderliche 83. FNP-Änderung bildet die planungsrechtliche Grundlage für die Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 79 „Freiflächen-Photovoltaikanlage Dumte“. Beide Planverfahren sollen möglichst parallel durchgeführt werden. Ziel dieser beiden Verfahren ist es, Flächen für regenerative Energien ausweisen zu können.

2. Räumlicher Geltungsbereich

Der Geltungsbereich des Bebauungsplanes Nr. 79 „Freiflächen-Photovoltaikanlage Dumte“ umfasst eine Teilfläche aus dem Grundstück Gemarkung Borghorst, Flur 58, Flurstück 142.

Der Planbereich hat eine Größe von ca. 35.000 m².

3. Einordnung in übergeordnete Planungen

3.1 Regionalplanung und Landesplanung

Der seit dem 27.06.2014 wirksame Regionalplan Münsterland stellt für das Plangebiet des Bebauungsplanes Nr. 79 als einen „Allgemeinen Freiraum- und Agrarbereich“ (*AFAB*) dar. Die Fläche ist zusätzlich als „Bereich zum Schutz der Landschaft und landschaftsorientierter Erholung“ (*BSLE*) dargestellt.

Die landesplanerische Abstimmung mit der Bezirksregierung Münster wurde im Vorfeld der durchzuführenden Verfahren durchgeführt. Mit Schreiben vom 16.10.2020 (Az.: 32.02.566084-005/2020.0003) wurde eine Zustimmung in Aussicht gestellt.

In Bezug auf den Hochwasserschutz wurden die vom LANUV NRW frei zugänglichen Gefahren- und Risikokarten ausgewertet. Mit Blick auf die hier vorhandene Hochlage (Trappen Berg) bestehen für die geplante Freiflächen-Photovoltaikanlage keine Hochwassergefahren oder -risiken, selbst nicht bei der Betrachtung des Extremhochwassers (HQ_{extrem}), das deutlich seltener als 100 Jahre auftritt.

3.2 Flächennutzungsplan

Im wirksamen Flächennutzungsplan der Kreisstadt Steinfurt ist der Planbereich als „Fläche für die Landwirtschaft“ dargestellt und als „Fläche, deren Böden erheblich mit umweltgefährdenden Stoffen belastet sind“ gekennzeichnet.

4. Derzeitige und angrenzende Nutzungen sowie Planungsvorgaben

4.1 Derzeitige Nutzung

Der Geltungsbereich des künftigen Bebauungsplanes wird aktuell als landwirtschaftliche Fläche (*Ackerbau*) genutzt.

4.2 Angrenzende Nutzungen

Westlich, nördlich und östlich angrenzend befinden sich „Waldflächen“ und daran angrenzend entwickeln sich die „Flächen für die Landwirtschaft“.

Südlich des Planbereiches befinden sich landwirtschaftlich genutzte Flächen.

4.3 Planvorgaben

Besondere naturräumliche Gegebenheiten und besondere Ziele des Naturschutzes und der Landschaftspflege liegen für den Planbereich nicht vor.

Sonstige für den Planbereich zu beachtende Planungsvorgaben gibt es nicht.

Ein gültiger Landschaftsplan, bzw. ein entsprechender Entwurf wurde bislang von der zuständigen Unteren Landschaftsbehörde des Kreises Steinfurt für diesen Bereich nicht aufgestellt.

Ebenso werden keine Wasserschutzgebiete, Überschwemmungsgebiete etc. durch die Planaufstellung berührt.

5. Planfestsetzungen

5.1 Art der baulichen Nutzung

Für den Planbereich ist die Festsetzungen als „Sondergebiet / Zweckbestimmung Freiflächen-Photovoltaikanlage“ (SO) gem. § 11 (2) BauNVO vorgesehen.

5.2 Maß der baulichen Nutzung

Eine Festsetzung des Maßes der baulichen Nutzung erfolgt auf Grund der hier geplanten besonderen Nutzungsart nicht.

5.3 Bauweise und überbaubare Grundstücksfläche

Es erfolgt die Festsetzung der abweichenden Bauweise gem. § 22 (4) BauNVO. Durch eine textliche Festsetzung ist geregelt, dass Baulängen von über 50 m zulässig sind, jedoch seitliche Grenzabstände einzuhalten sind.

Das Baufeld für die geplante Freiflächen-Photovoltaikanlage wird durch die Festsetzung von Baugrenzen umgrenzt.

5.4 Gestalterische Festsetzungen

Die Einfriedung der geplanten Freiflächen-Photovoltaikanlage mit einem umlaufenden 2,00 m hohen Stabgitterzaun, der im Bereich von 0,20 m über dem Erdboden für Kleintiere durchlässig sein muss, wird als gestalterische Festsetzungen in den Bebauungsplanentwurf aufgenommen.

6. Verkehrliche Erschließung

Die Erschließung des Plangebietes erfolgt über die bereits vorhandenen Wirtschaftswege im Außenbereich der Bauerschaft Dumte im Stadtteil Borghorst, hier speziell über die Anbindung der Hofstelle Dumte 38.

Eine Unterscheidung nach Individualverkehr und öffentlichem Personennahverkehr ist auf Grund der geplanten besonderen Nutzung nicht erforderlich.

7. Ver- und Entsorgung

7.1 Entwässerung

Der Planbereich ist nicht an ein bauliches Entwässerungssystem angeschlossen. Das anfallende Regenwasser versickert vor Ort oder wird durch die vorhandenen Mulden und Gräben aufgenommen.

Schmutzwasser fällt im Planbereich nicht an.

7.2 Wasserversorgung

Ein Anschluss des Plangebietes an die Trinkwasserversorgung ist auf Grund der geplanten besonderen Nutzung nicht erforderlich.

Das für die Löschwasserversorgung notwendige Wasser wird gem. DVGW-Arbeitsblatt über die Löschwasserversorgung der Hofstelle Dumte 38 sichergestellt.

7.3 Strom- und Gasversorgung, Telefon

Anschlüsse an das Gas- und Telefonnetz sind zur Versorgung des Planbereiches nicht erforderlich.

Die Stadtwerke Steinfurt haben die Einspeisemöglichkeit des durch die Freiflächen-Photovoltaikanlage erzeugten Stromes in unmittelbarer Nähe des Plangebietes signalisiert. Hierfür kommt die Umspannstation „Wilmsberg-Krampe“ in ca. 150 m Abstand zum Geltungsbereich des Bebauungsplanes im Bereich der Hofstelle Dumte 38 in Frage.

8. Soziale Infrastruktur, Gesundheitseinrichtungen

Soziale Infrastruktureinrichtungen und Gesundheitseinrichtungen sind für das Plangebiet auf Grund der besonderen Nutzung nicht von Belang.

9. Immissionsschutz

Der Immissionsschutz ist weder in Bezug auf Schall- noch auf Geruchsimmissionen zu beachten.

Das Gutachterbüro öKon GmbH, Münster, stellt fest, dass durch Lichtreflexionen Blendwirkungen auftreten können, die aber als vorübergehende Funktionsstörung des Auges hinzunehmen sind. Heutige Module absorbieren den größten Teil des einfallenden Sonnenlichts, so

dass eine Blendwirkung ausgeschlossen werden kann. Da der Planbereich dreiseitig von Waldflächen umgeben ist, das Gelände nach Norden abfällt und hinter der Kuppe des Trappen Berges liegt, ist nicht von einer Beeinträchtigung der verstreut liegenden Wohnhäuser auszugehen. Ebenfalls ist nicht von einer Beeinträchtigung des Kfz-Verkehrs auf der Bundesstraße 54 auszugehen, die nordöstlich des Planbereiches vorbeiführt.

Insgesamt betrachtet, werden keine Konflikte zwischen der geplanten Nutzung im Plangebiet und den angrenzenden Nutzungen entstehen.

10. Flächen mit Bodenbelastungen

Der Geltungsbereich des Bebauungsplanes Nr. 79 „Freiflächen-Photovoltaikanlage Dumte“ ist im „Kataster über altlastverdächtige Flächen und Altlasten / Verzeichnis über schädliche Bodenveränderungen und Verdachtsflächen“ des Umweltamtes des Kreises Steinfurt als Fläche oder Altstandort mit Altablagerungen gekennzeichnet.

Die Fläche wurde in der Zeit von 1962 bis 1975 durch die damalige Stadt Borghorst als Hausmülldeponie genutzt. Im Anschluss daran ist einem privaten Betreiber noch bis ins Jahr 1982 durch den Kreis Steinfurt eine Ausnahmegenehmigung zur Ablagerung von Bodenaushub und Bauschutt genehmigt worden.

Es ist beabsichtigt, die Fundamentierung des Trägersystems der Photovoltaikmodule durch verzinkte Stahlprofilrammpfosten zu erstellen, um den Deponiekörper möglichst unberührt zu lassen. Dennoch ist ein entsprechender Hinweis zum Umgang mit eventuell auffälligen Böden oder Materialien in den Bebauungsplanentwurf aufgenommen worden, sofern beim Aushub von Kabelkanälen belastetes Material an die Oberfläche tritt.

11. Bodenschutz

Gemäß § 4 (2) Landesbodenschutzgesetz (*LBodSchG*) ist bei der Aufstellung oder Änderung von Bauleitplänen vor Inanspruchnahme von nicht versiegelten, nicht baulich veränderten oder unbebauten Flächen insbesondere zu prüfen, ob vorrangig eine Wiedernutzung von bereits versiegelten, sanierten, baulich veränderten oder bebauten Flächen möglich ist.

Bei dem Planbereich handelt es sich um eine unversiegelte Fläche, welche derzeit als Ackerfläche genutzt wird. Bedingt durch die frühere Deponienutzung und einen nur relativ geringen Mutterbodenauftrag ist die Fläche nur eingeschränkt landwirtschaftlich nutzbar.

Es besteht auf Grund der vorbelasteten Fläche keine Alternative zum geplanten Standort der hier vorgesehenen Flächennutzung. Damit entspricht die Planung dem Grundsatz des § 4 (2) *LBodSchG*.

12. Kampfmittel

Mögliche Kampfmittleinwirkungen sind nicht bekannt und können auch prinzipiell ausgeschlossen werden. Von Kampfmittelresten oder -vorkommen ist auch nicht auszugehen, da es sich um ein unbebautes Ackergrundstück im Außenbereich handelt. Sofern dennoch ein Verdacht auf Kampfmittel aufkommt, ist die Arbeit sofort einzustellen und die allgemeine Ordnungsbehörde der Kreisstadt Steinfurt sowie der staatliche Kampfmittelbeseitigungsdienst bei der Bezirksregierung Arnsberg in Hagen zu verständigen.

13. Klimaschutz

Mit den Novellen des Baugesetzbuches der letzten Jahre ist auch der Aspekt des Klimaschutzes in die Gesetzgebung aufgenommen worden. Demnach sollen die Bauleitpläne dazu beitragen, den Klimaschutz und die Klimaanpassung in der Stadtentwicklung zu fördern (vgl. § 1 (5) S.2 BauGB). Aspekte des Klimaschutzes haben viele Formen und Facetten, vorrangig wird jedoch darunter die Vermeidung des Ausstoßes klimaschädlicher Stoffe („Treibhausgase“) verstanden, sowie der Erhalt der Wälder, die die Treibhausgase aufnehmen und verarbeiten können. Eine weitere wichtige Maßnahme für den Klimaschutz ist in den so genannten Industrieländern die Reduzierung des Energieverbrauchs. Die Erzeugung und der Verbrauch von Energie sind mit die bedeutendsten Auslöser für den Ausstoß von Treibhausgasen.

Ein Aspekt des Klimaschutzes ist die Reduzierung des Energieverbrauchs aus fossilen Energieträgern. Hierzu trägt die Erstellung der Freiflächen-Photovoltaikanlage durch die Erzeugung von „grünem“ Strom bei.

Um das konkrete Klimaschutzziel „Erzeugung regenerativer Energien“ zu stärken, wird der Bebauungsplan Nr. 79 „Freiflächen-Photovoltaikanlage Dumte“ aufgestellt. Tenor ist natürlich auch hier eine Schonung der Umwelt und der Erhalt bzw. sogar der verbesserte „Umweltzustand“ nach Umsetzung der Planung. Grundsätzlich ist durch die Aufstellung dieses Bebauungsplanes eine Verbesserung des derzeitigen „Umweltzustandes“ zu erwarten.

14. Belange des Umwelt- und Naturschutzes

Nach § 1 (6) Nr. 7 und § 1a BauGB sind bei der Aufstellung von Bauleitplänen verschiedene Belange des Umweltschutzes zu betrachten. Auf die Belange des Umweltschutzes, einschließlich des Naturschutzes und der Landschaftspflege wird im Umweltbericht, der als Anhang dieser Begründung beigelegt ist, intensiv eingegangen.

Auf die Beachtung der gemäß § 1a BauGB anzuwendenden Vorschriften zum Umweltschutz wird an dieser Stelle eingegangen.

14.1 Eingriffsregelungen

Gemäß § 1a Baugesetzbuch ist bei der Aufstellung von Bauleitplänen über die Belange von Natur und Landschaft dahingehend zu entscheiden, dass vermeidbare Eingriffe unterlassen und nicht vermeidbare Eingriffe durch Ausgleichmaßnahmen kompensiert werden. Mit diesem Bebauungsplanverfahren werden Eingriffe in Natur und Landschaft vorbereitet.

Nördlich angrenzend an den Geltungsbereich verläuft im Wald ein Gewässer, welches durch die Planung nicht berührt wird. Dieses gilt ebenfalls für den südlich an das Plangebiet angrenzenden Graben. Die westlich, nördlich und östlich angrenzenden Laubwälder werden durch die Planung ebenfalls nicht berührt.

Im Geltungsbereich des Bebauungsplanes Nr. 79 „Freiflächen-Photovoltaikanlage Dumte“ wird die bisher landwirtschaftlich genutzte Fläche künftig zum Teil mit Solarpaneelen in eng stehender Modulbauweise überdeckt. Eine landwirtschaftliche Nutzung dieser Fläche war auch bisher aufgrund der vorherigen Nutzung als Mülldeponie und der relativ geringen Überdeckung mit Mutterboden nur eingeschränkt möglich. Zusätzlich werden am nördlichen Plangebietsrand Saumbereiche des Waldes in Anspruch genommen. Diese Maßnahme wird eine geringfügige Veränderung des Lebensraumes von Tieren und Pflanzen mit sich bringen.

In der „Naturschutzrechtlichen Eingriffsbewertung von Freiflächen-Photovoltaikanlagen im Kreis Borken“ sind Basisvorgaben für naturverträgliche Freiflächen-Photovoltaikanlagen definiert, die als eingriffsneutral zu werten sind. Hingegen entsteht durch die Anlage des Schotterweges (teilversiegelte Fläche) und durch die Erstellung der Trafostation ein Ausgleichsbedarf von 2.714 ÖWE (ökologische Werteinheiten).

Der durch diese Bauleitplanung vorbereitete Eingriff in Natur und Landschaft erfordert einen Ausgleich der zu erwartenden Beeinträchtigungen der Leistungs- und Funktionsfähigkeit des Naturhaushalts. Hierzu hat der Bauherr auf dem Grundstück in der Gemarkung Borghorst, Flur 54, Flurstück 41, einen Waldumbau von Fichten-Sitafichten-Mischbestand sowie Balsampappel in einen Stieleichen-Hainbuchenwald durchgeführt. Die Fläche für diese Maßnahme hat eine Größe von 11.210. m² und erreicht unter Berücksichtigung eines Anrechnungsfaktors von 1:4 eine Gutschrift von 2.802,5 m², welches bei einer ökologischen Aufwertung durch den Waldumbau von 2 ÖWE / m² 5.605 ÖWE bedeutet. Somit ist das entstehende Defizit als ausreichend ausgeglichen zu bewerten. Hierzu muss noch eine Gutschrift auf ein Ökokonto bei der Unteren Naturschutzbehörde des Kreises Steinfurt und eine grundbuchliche Sicherung erfolgen. Dieses wird bis zum Satzungsbeschluss durchgeführt.

Diese Maßnahmen wurden durch den Gutachter bereits mit der Unteren Naturschutzbehörde (UNB) des Kreises Steinfurt abgestimmt.

Der Umweltbericht vom 23.05.2023, erstellt durch das Büro öKon GmbH, Münster, ist Bestandteil der Begründung und als Anlage beigelegt.

14.2 FFH-Verträglichkeit

Das Land NRW hat den Bereich „Bagno mit Steinfurter Aa“ (DE-3810-302) als Schutzgebiet nach der Vogelschutzrichtlinie der EU (Richtlinie 79 / 409 / EWG vom 02.04.1979 in der Fassung der Richtlinie 2009 / 147 / EG vom 30.11.2009) und FFH-Richtlinie (Richtlinie 92 / 43 EWG des Rates vom 21.05.1992) gemeldet. Dieser Bereich umfasst große Teile der Waldbereiche des Bagnos, Vorsundern, Westerbrook und des Buchenberges sowie Teile der Steinfurter Aa und den Bagnosee. Das Gebiet hat eine Größe von 467 ha. Zudem wurde das FFH-Gebiet „Steinfurter Aa“ (DE-3910-301) nachgemeldet (31 ha).

Weitere Bereiche auf dem Steinfurter Stadtgebiet wurden nicht als FFH- oder Vogelschutzgebiet ausgewiesen.

Der Abstand zwischen dem Geltungsbereich des Bebauungsplanes Nr. 79 „Freiflächen-Photovoltaikanlage Dumte“ und dem gemeldeten Gebiet „Bagno mit Steinfurter Aa“ beträgt ca. 2.500 m. Das FFH-Gebiet „Steinfurter Aa“ liegt in ca. 650 m südwestlich des Plangebietes. Angesichts dieser Abstände wird nicht von einer Beeinträchtigung der Schutzziele und -zwecke der FFH-Gebiete durch den Bebauungsplanes Nr. 79 ausgegangen.

Besonders zu schützende Teile von Natur und Landschaft nach den §§ 20 bis 23 LG NW oder FFH- bzw. Vogelschutzgebiete sind somit von der Planung nicht betroffen. Hinweise auf besondere Artvorkommen liegen ebenfalls nicht vor.

14.3 Umweltverträglichkeit

Durch die Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 79 „Freiflächen-Photovoltaikanlage Dumte“ erfolgt, bedingt durch die geringfügig wachsende Flächenversiegelung, ein zusätzlicher Eingriff in Natur und Landschaft. Da es sich bei der künftigen Sonderbaufläche für aufgeständerte Freiflächen-Photovoltaikanlagen um eine nur minimal stärker versiegelte Fläche handelt, sind die Auswirkungen auf die verschiedenen Schutzgüter näher zu betrachten.

Artenschutzrechtliche Beurteilung:

Im Zuge der Bauleitplanung ist diese Prüfung gemäß § 44(5) BNatSchG für Tierarten nach Anhang IV der FFH-Richtlinie oder nach der Vogelschutzrichtlinie vorzunehmen.

Der Geltungsbereich des Bebauungsplanes befindet sich in der atlantischen Region innerhalb des Messtischblattquadranten (MTBQ) 38103 (Steinfurt). Für den MTBQ sind insgesamt 45 planungsrelevante Tierarten (14 Fledermausarten, der Fischotter und 30 Vogelarten) aus 2 Artgruppen aufgeführt, von denen aber strukturbedingt nicht alle im Einwirkungsbereich der Planung auftreten können.

Das Büro öKon GmbH, Münster, hat den Planbereich aus artenschutzrechtlicher Sicht untersucht und bewertet. Bei der Kartierung durch den Gutachter wurden keine planungsrelevanten Offenlandarten auf der überplanten Fläche festgestellt. Eine Besiedelung mit den entsprechenden Arten ist auch künftig nicht zu erwarten. Die nicht planungsrelevanten bodenbrütenden

Vogelarten, z.B. Bachstelze und Fasan, die auf der Ackerfläche bzw. im direkten Umfeld festgestellt wurden, sind hingegen weitverbreitet, ungefährdet und anpassungsfähig. Es ist somit davon auszugehen, dass diese Arten auf umliegende Flächen ausweichen. Ein Auslösen des artenschutzrechtlichen Verbotstatbestandes der Schädigung nach § 44 BNatSchG ist somit nicht anzunehmen.

Da die im Geltungsbereich befindlichen Gehölze mit einem Erhaltungsgebot belegt sind, ist auch mit Blick auf die Gehölz bewohnenden Arten wie Baumpieper, Mäusebussard, Sperber, Star und Waldschnepfe nicht von einem Auslösen des artenschutzrechtlichen Verbotstatbestandes der Tötung nach § 44 BNatSchG auszugehen. Um diese Auslösung zu vermeiden, ist mit den Bauarbeiten außerhalb der Brutzeit im Zeitraum vom 01.08. bis zum 14.03. zu beginnen.

Mit Blick auf die Fledermäuse hat der Gutachter festgestellt, dass die vorhandenen Gehölzbestände als Leitstrukturen und Nahrungshabitate genutzt werden. Da diese Gehölze als zu erhalten festgesetzt sind, kann eine direkte baubedingte Schädigung der potentiell vorhandenen Fortpflanzungs- und Ruhestätten sicher ausgeschlossen werden. Diese Bereiche dürfen nicht beleuchtet werden und sind somit als wertvolle Dunkelmräume zu erhalten.

Durch einen Hinweis im Planentwurf wird deutlich gemacht, dass zum Schutz von Vögeln und Fledermäusen nach § 44 (1) Bundesnaturschutzgesetz (*BNatSchG*) Gehölzfällungen nur im Zeitraum vom 01.10. bis zum 28.02. eines Jahres zulässig sind. Die Bauarbeiten zur Baufeldfreimachung dürfen zum Schutz der bodenbrütenden Arten nur außerhalb der Brutzeit (15.03. bis 31.07.) beginnen. Brutwillige Vögel können dann auf die zahlreich im Umfeld vorhandenen Strukturen ausweichen. Somit wird ein Auslösen des artenschutzrechtlichen Verbotstatbestandes der Tötung nach § 44 BNatSchG vermieden. Die Walrandbereiche sind auch künftig als Dunkelzonen zu erhalten. Die entsprechenden Hinweise werden in den Bebauungsplanentwurf aufgenommen.

Die Artenschutzrechtliche Prüfung Stufe I vom 23.05.2023, erstellt durch das Büro öKon GmbH, Münster, wird Bestandteil des Bebauungsplanes und der Begründung und ist als Anlage beigelegt.

15. Denkmalschutz

Im Geltungsbereich der des Bebauungsplanes Nr. 79 „Freiflächen-Photovoltaikanlage Dumte“ und in der näheren und weiteren Umgebung des Geltungsbereiches sind keine Bau- und Bodendenkmäler vorhanden bzw. bekannt.

In die Denkmalliste der Kreisstadt Steinfurt eingetragene Denkmäler haben einen Abstand von mehr als 800 m zum Geltungsbereich des künftigen Bebauungsplanes.

Deshalb wird festgestellt, dass durch die Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 79 keine Beeinträchtigung von Baudenkmalern auch in Bezug auf Blickbeziehungen und Fernwirkungen zu erkennen ist.

Belange des Denkmalschutzes werden somit nicht berührt.

16. Bodenordnung

Bodenordnende Maßnahmen sind nicht erforderlich.

17. Verfahren

Der Bebauungsplan Nr. 79 „Freiflächen-Photovoltaikanlage Dumte“ wird im Regelverfahren mit zweistufiger Öffentlichkeits- und Behördenbeteiligung durchgeführt.

Verfahrensschritt	Datum
Aufstellungsbeschluss <i>gem. § 2 (1) BauGB</i>	27.08.2020
Bekanntmachung der Beteiligung der Behörden und der Öffentlichkeit <i>gem. § 4 (1) und § 3 (1) BauGB</i>	Amtsblatt-Nr. 13/2023 vom 27.06.2023
Beteiligung der Behörden und der Öffentlichkeit <i>gem. § 4 (1) und § 3 (1) BauGB</i>	30.06.2023 – 14.08.2023
Bekanntmachung der Öffentlichen Auslegung <i>gem. § 3 (2) und § 4 (2) BauGB</i>	
Öffentliche Auslegung <i>gem. § 3 (2) und § 4 (2) BauGB</i>	
Satzungsbeschluss <i>gem. § 10 (1) BauGB</i>	
Bekanntmachung und Rechtskraft <i>gem. § 10 (3) BauGB</i>	

Datum / Unterschrift

Aufgestellt:

Steinfurt, 21.06.2023

Az.: FD61 / 61-26-09 / 79-BO / Wer

Kreisstadt Steinfurt
Die Bürgermeisterin
Im Auftrag

gez. Werning

- Sachbearbeiter Stadtplanung, Stadtteil Borghorst -

Anlagen:

1. Umweltbericht, erstellt durch das Büro öKon GmbH, Münster, vom 23.05.2023
2. Artenschutzvorprüfung der Stufe I, erstellt durch das Büro öKon GmbH, Münster, vom 23.05.2023
3. Bau- und Betriebsbeschreibung für den geplanten Bau einer Photovoltaik-Freiflächenanlage in Steinfurt, erstellt durch das Büro ENWELO GmbH & Co. KG, Steinfurt, vom 09.02.2023
4. Untersuchungsbericht Nr. 17814.22 zur ehem. Deponie Dumte, erstellt durch das Büro Prüftechnik Z+L GmbH, Osnabrück, vom 22.09.2022